

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Montag (Nachmittag), 30. November 2020 / Lundi après-midi, 30 novembre 2020

Bau- und Verkehrsdirektion / Direction des travaux publics et des transports

**55 2020.RRGR.281 Motion 211-2020 Arn (Muri b. Bern, FDP)
Sofortmassnahmen zur Entlastung des AGG im Interesse der Berner Hochschulen**

**55 2020.RRGR.281 Motion 211-2020 Arn (Muri b. Bern, PLF)
Mesures urgentes d'aide à l'OIC dans l'intérêt des hautes écoles bernoises**

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 55, einer Motion von Grossrat Daniel Arn: «Sofortmassnahmen zur Entlastung des AGG im Interesse der Berner Hochschulen». Die Regierung möchte diesen Vorstoss als Postulat annehmen. Der Motionär hat das Wort.

Daniel Arn, Muri bei Bern (FDP). Seit einiger Zeit ist das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) am Anschlag. Ein Grossprojekt lief aus dem Ruder – klar, das AGG steht dort nicht allein im Regen –, der Leiter des AGG musste den Schreibtisch räumen. Die GPK ermittelt. Ihre Planungserklärung, die personellen Ressourcen schrittweise zu erhöhen, wurde in dieser Session angenommen. Es bewegt sich etwas, und auch unser Baudirektor hat in seiner Antwort zur Motion klar dargelegt, dass wirklich etwas geschehen muss. In der Antwort der Regierung auf diese Motion wird Bezug genommen auf eine Expertise, die aufzeigt, dass die personellen Ressourcen für grosse Projekte zu knapp sind, vor allem bei den Projektleitern, und dass die fehlenden Ressourcen nicht einfach durch externe Spezialisten ausgeglichen werden können. Aus diesem Grund ist es nicht verwunderlich – ich zitiere aus der Antwort des Regierungsrates –, «...dass insbesondere das Termin- und Risikomanagement in Grossprojekten bisher nicht befriedigend funktioniert hat». Wir wissen ja, dass verschiedene grosse Projekte in der Pipeline sind, und in diesem Kontext wirkt diese Aussage noch beunruhigender. Schon der Sprecher der GPK hat uns während dieser Session aufgezeigt, dass wohl nicht nur zwei bis drei Projektleiter zusätzlich angestellt werden müssen, sondern dass es wohl ein Mehrfaches davon sein werden. Wie rasch dies realisiert werden kann, können wir uns ja ungefähr vorstellen.

Meine Einschätzung: Es dauert länger. Genau aus diesem Setting heraus haben wir die vorliegende Motion erarbeitet. Der Punkt 1 verlangt Folgendes: Die Hochschulen erhalten zur Entlastung des AGG befristet die Kompetenz, in ausgewählten Bauprojekten die Gesamtprojektleitung zu übernehmen. Alles andere bleibt wie gehabt. Der Grosse Rat wird nicht aussen vor gelassen, und die Projektsteuerung bleibt weiterhin eine gemeinsame Aufgabe der Eigentümer – also der BVD und das AGG – sowie der Besteller – in unserem Fall die BKD und der Nutzer, also der Hochschulen. Es wird auch nicht einfach mehr gebaut, und es werden auch nicht mehr Projekte auf den Weg geschickt. Aber durch die zeitlich begrenzte Anpassung wird das AGG entlastet, und für die Hochschulen können erfolgskritische Projekte zeitgerecht vorangetrieben werden. Ich bin auch davon überzeugt, dass eine solche Entlastung dem AGG entgegenkommt, auch wenn halt ein wenig am Ego gekratzt wird. Zudem kostet diese Variante für uns Steuerzahler nicht mehr Geld.

Vergessen wir wirklich den Zeitfaktor nicht, der nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Hochschulen zentral ist, wenn es um die Realisierung von Bauprojekten geht. Der Campus Biel bestellt im Jahr 2015, und wenn alles rund läuft, erfolgt die Eröffnung im Jahr 2025. Im Worst Case erfolgt sie im Jahr 2029. Wenn wir daran denken, dass von den hier anwesenden Grossräten bei der Eröffnung wohl nur noch einzelne dabei sein werden, dann gibt einem dies zu denken. Aber es geht eigentlich gar nicht um uns, sondern bei diesen Dingen geht es um die Studenten. Wenn wir bei uns schon solche Institutionen haben, solche Kaderschmieden, dann müssen wir liefern, sodass dort Entwicklungen stattfinden können. Unter uns gesagt, beziehungsweise gefragt: Welcher Studi schreibt sich in absehbarer Zeit noch in Burgdorf ein, wenn er nicht weiss, wo er dereinst abschliessen wird, und wenn er zudem weiss, welche hochmodernen, funktionierenden Campus es in der Nähe gibt?

Bei Punkt 2 geht es um den Unterhalt. Hier möchten wir bewirken, dass die Benutzer, sprich die

Hochschulen, die Verantwortung für die Unterhaltsmassnahmen übernehmen können, wieder als Entlastung des AGG. Die Finanzierung erfolgt weiter über den Rahmenkredit der Jahresunterhaltsplanung. Diese basiert auf einer Unterhaltsstrategie, die das AGG mit der Hochschule erarbeiten wird. In Gesprächen haben wir auch festgestellt, dass, als kleines Beispiel, der Schulhaus-Abwart von Unterlangenegg eine grössere Kompetenz bei der Vergabe von Reparaturen und Abänderungen hat als ein Verwaltungsdirektor einer Hochschule. Da erstaunt es uns nicht, dass das AGG nicht wirklich vom Fleck kommt.

Ich komme zum Schluss. Mit der vorliegenden Motion wird kein Präjudiz geschaffen. Aber die Motion soll dazu beitragen, das AGG kurzfristig zu entlasten. Ich lasse die Motion im Moment noch stehen und melde mich nach dem Regierungsrat wieder zu Wort.

Präsident. Damit kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Den Anfang macht Grossrat Bernhard Riem für die BDP.

Bernhard Riem, Iffwil (BDP). Wir sprechen mittlerweile oft über das AGG. Hier liegt jetzt eine Motion von BiK-Mitgliedern vor. Der Regierungsrat will sie als Postulat entgegennehmen. Wir verstehen diese Antwort, denn es laufen bereits viele Bestrebungen, um das AGG zu entlasten beziehungsweise mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten. Es ist auch ein weiterer Vorstoss unterwegs, der einen Systemwechsel prüfen will, der in die Richtung dieses Vorstosses geht. Die GPK untersucht, und zusätzlich gibt es eine aussagekräftige Expertise. Es läuft somit sehr viel. Auch der Baudirektor arbeitet intensiv daran. Deshalb sind der Baudirektor sowie der Gesamtregierungsrat dran. Wer die ausführliche Begründung der Regierung liest, kann verstehen, dass die zu expliziten Forderungen der Motion kaum den richtigen Weg weisen. Der Regierungsrat schreibt von einer Stärkung des AGG in einzelnen Bereichen, aber es geht um weit mehr als um die Ressourcen. Es geht weit darüber hinaus. Es geht meiner Meinung nach auch um die Stärkung der Position gegenüber den Nutzern und Bestellern. Dies wird wahrscheinlich eine ähnliche oder sogar grössere Herausforderung als die Stärkung der Ressourcen, auf jeden Fall, was die Durchsetzung bei den Nutzern betrifft. Die BDP-Fraktion will diese Motion nicht unterstützen. Als Postulat hingegen stimmt etwa die Hälfte der Fraktion diesem Vorstoss zu.

Luc Mentha, Liebefeld (SP). Wir haben diesen Vorstoss angeschaut, und wir werden nicht richtig warm mit diesem Vorstoss. Das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Was ist die Ausgangslage? Der erste Fakt ist, dass die Hochschulen einen riesigen Investitionsberg angemeldet haben, welcher 2,4 Mrd. Franken bis 2035 beträgt. Dies ist ein riesengrosses Investitionsvolumen. Die Hochschulen sagen dazu, dies sei keine Wachstumsstrategie. Wenn man allerdings die Indikatoren anschaut, wie etwa die Anzahl Studierender, die Anzahl Mitarbeitender oder die Anzahl Räume, die man benötigt, etc., dann zeigen sämtliche Indikatoren nach oben. Wir haben den Eindruck, dass dies eine Wachstumsstrategie ist, die einfach von den Hochschulen nicht so bezeichnet wird.

Der zweite Fakt ist, dass das AGG zu wenig Ressourcen hat, um das ganze Programm zu stemmen. Das heisst, wir haben ein immenses Finanzierungsproblem, und wir haben ein personelles Ressourcenproblem beim zuständigen Amt. Der Vorschlag, den die Motionäre machen, besteht darin, vorübergehend bei den Hochschulen eine eigene Hochbauabteilung zu schaffen. Wir haben grosse Bedenken, ob dies der richtige Weg ist. Uns scheint, dass es eine Gesamtsicht braucht, eine gesamtstaatliche Sicht über alle Investitionen, gerade weil es um ein so immenses Investitionsvolumen geht. Diese ginge tendenziell verloren. Es käme zu einer «Verunklärung» der Verantwortlichkeiten, und mit einer solchen löste man das Kapazitätsproblem nicht. Für uns geht die Lösung eher in die Richtung, das AGG zu stärken. Dies scheint uns der bessere Weg zu sein. Wir glauben auch nicht daran, dass man diesen Investitionsüberhang damit lösen kann, denn die finanziellen Mittel fehlen. Im Gegenteil: Man treibt den Investitionsüberhang sogar noch an, denn bei einer solchen organisatorischen Regelung, wo die Hochschulen ihre Investitionen selber managen, kann sich der Wunschbedarf einfacher durchsetzen. Wenn das AGG ein Konterpart ist und ein wenig dagegenhält, kann sich der Wunschbedarf der Bedürfnisdirektionen etwas weniger stark durchsetzen, und man kann ihn etwas zurückzäunen. Wir haben klare Hinweise darauf, dass es so ist, und dass oft Projekte auch wegen der Anliegen der Bedürfnisdirektionen teurer werden. Ich verweise auf den Campus Biel und das Innovation Center in Biel, wo man klar festgestellt hat, dass die Direktionen Bedürfnisse anmelden, welche die Kosten in die Höhe treiben.

Wir sind der Meinung, dass sich die Hochschulen viel intensiver mit einer Prioritätensetzung auseinandersetzen sollten, statt Vorschläge zu machen, die zu einer Verunklärung der Verantwortlichkeiten

ten führen. Wir plädieren für ein stärkeres AGG, das seine Rolle – auch jene des Konterparts der Bedürfnisdirektionen – spielen kann. Dort muss man eine Lösung suchen. Aus diesem Grund lehnen wir die Motion klar ab. Wir werden auch das Postulat nicht unterstützen.

Präsident. Als Mitmotionär und Fraktionssprecher der grünen Fraktion spricht Grossrat Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni, Zollikofen (Grüne). Ich bin doch ein wenig überrascht, dass mein Vorredner im Namen seiner Fraktion erklärt hat, dass diese nicht bereit ist, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen. Der Regierungsrat tut dies ja, er ist bereit, beide Forderungen als Postulat entgegenzunehmen. Er lehnt einfach die Motion ab. In seiner Stellungnahme nimmt er vor allem das AGG in Schutz. Er sagt, es habe hoch qualifizierte Projektleiter, es gäbe keine Beanstandungen und das AGG sei nicht generell schuld, wenn man das Investitionsbudget nicht ausschöpfe oder wenn es zu Projektverzögerungen komme. Das mag so sein, aber das ist gar nicht das Thema. Das Thema der Motion ist eine Entlastung des AGG, welches anerkanntermassen im Moment Probleme hat. Mit der Motion geht es nicht um eine Kritik am AGG oder um einen Vorwurf, dieses sei schuld an Projektverzögerungen oder an anderen Problemen. Die Motion will vielmehr das AGG vor übermässig vielen Aufgaben, welches es im Moment mit einem zu kleinen Personalbestand erledigen muss, entlasten. Daniel Arn als erster Urheber dieser Motion hat es schon gesagt: Der Regierungsrat anerkennt eigentlich den Handlungsbedarf, und wir haben es selber auch schon getan. Der Regierungsrat schreibt: «Angesichts der Vielzahl von Grossprojekten besteht ressourcenseitig ein klarer Handlungsbedarf im AGG.» Die Motion schlägt zwei zusätzliche Handlungsmöglichkeiten, die ausserhalb des AGG liegen, zur Stärkung des AGG vor. Die Ziffer 1 der Motion verlangt nur eine befristete Übertragung von Gesamtprojektleitungen, und nur für ausgewählte Bauprojekte, an die Uni oder an die Fachhochschule. Die Steuerung bleibt beim Kanton, und die politischen Entscheide bleiben beim Regierungsrat und beim Grossen Rat. Es gibt keine Änderung von Gesetzen oder von beschlossenen Krediten. Deshalb kann ich auch die Warnung vor dem Wunschbedarf während der Übergangsphase, welche Luc Mentha angesprochen hat, nicht gut nachvollziehen. Es geht wie gesagt nur um eine Übergangsphase; anschliessend soll es eine Evaluation der gemachten Erfahrungen geben, um zu sehen, ob sich dieser Weg bewährt hat oder nicht.

In der grünen Fraktion gab es auch Stimmen, die kritisch sind, weil es ein zu grosser Eingriff in die bisherigen Abläufe sei, und weil es quer zur Stärkung des AGG liegen könnte, die wir bereits beschlossen haben. Knapp die Hälfte der Fraktion unterstützt die Motion. Die anderen waren noch skeptisch und haben sich vorläufig der Stimme enthalten. Aber vielleicht kommen sie auch noch auf die Seite der Motionäre. Als Postulat würde die grüne Fraktion die Ziffer 1 einstimmig annehmen. Bei der Ziffer 2 geht es um die Verantwortung für Unterhaltsmassnahmen. Daniel Arn hat es auch schon gesagt: Wir waren ein wenig perplex, von Verwaltungsdirektoren zu erfahren, dass die Hochschulen bereits für Unterhaltsarbeiten ab 1000 Franken das Einverständnis des AGG abholen müssen. Wir finden, dass dies sicher zu Doppelspurigkeiten, Verzögerungen und Umtrieben führt. Hier könnte man das AGG wirklich entlasten. Deshalb unterstützt die grüne Fraktion die Ziffer 2 auch als Motion.

Hans Jürg Rügsegger, Riggisberg (SVP). In der Antwort des Regierungsrats anerkennt dieser den Handlungsbedarf im AGG. Dieser ist hinlänglich bekannt, vor allem auch in Anbetracht der grossen Anzahl der bestellten Hochbauvorhaben, der insbesondere im Hochschulbereich auf uns zukommt. Allerdings – und hier ist die SVP gleicher Meinung – ist er gegenüber der Abgabe der Gesamtprojektleitung skeptisch. Dies kam mir bei meinem Vorredner ein wenig zu kurz. Die gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen verbleiben ganz klar beim AGG. Für die Zukunft braucht es ein starkes AGG. Es wurden vom Regierungsrat gewisse Massnahmen eingeleitet, damit wir für die kommenden acht Jahre besser aufgestellt sein werden, als dies während der letzten acht Jahre der Fall war. Das Problem ist nämlich seit acht Jahren – oder noch länger – bekannt. Man hat während dieser Zeit zu wenig gehandelt und auf die einzelnen Punkte zu wenig Rücksicht genommen.

Wir unterstützen den Regierungsrat in seinem Bestreben, die Prozesse zu verkürzen und zu beschleunigen. Allerdings sieht der Regierungsrat richtigerweise, dass stabile Bestellungen die Grundlage bilden für eine raschere Umsetzung dieser Projekte. Nicht nur in der BaK, sondern auch in der SVP wissen wir, dass laufend nachbestellt wird. Wenn laufend nachbestellt wird, verzögern sich logischerweise auch die Prozesse. Für die SVP ist klar, dass wir den Punkt 1 weder als Motion noch

als Postulat unterstützen. Es ist allerdings so, dass es bei Punkt 1 als Postulat einzelne Ja-Stimmen geben wird.

Zum zweiten Punkt, bei dem es um den Unterhalt geht: Hier sehen wir noch Klärungsbedarf. Es könnte durchaus eine Variante sein, dies in einen Kredit einzufügen, wie wir es an anderen Stellen bereits tun. Allerdings sehen wir die vollständige Übertragung gleich wie der Regierungsrat. Wir lehnen es ab, dass dies direkt an die Hochschulen gehen soll.

Wie gesagt: Die SVP lehnt die Ziffer 1 als Motion ab. Die Ziffer 1 wird als Postulat mit wenigen Ja-Stimmen unterstützt, und die Ziffer 2 werden wir als Postulat unterstützen.

Peter Flück, Interlaken (FDP). Wir haben diesen Vorstoss ebenfalls intensiv diskutiert und haben festgestellt, dass das Anliegen auf den ersten Blick auch als Motion unterstützungswürdig ist. Auf den zweiten Blick haben wir jedoch festgestellt, dass der Regierungsrat durchaus sieht, dass Handlungsbedarf besteht, und zwar bei beiden Punkten. Der Regierungsrat will das Anliegen prüfen und schauen, was er aus diesen zwei Punkten machen will, aber er will eben einen Prüfauftrag. Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass wir nicht an diesem Objekt einen Paradigmenwechsel vornehmen sollen. Es ist hinlänglich bekannt und wurde hier auch erwähnt, dass das AGG gewisse Schwierigkeiten hat. Wir stellen aber auch fest, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um diesen Zustand, der zurzeit sicher nicht befriedigend ist, zu beheben, zu korrigieren und zu verbessern. So soll sichergestellt werden, dass die ursprüngliche Idee des AGG, nämlich alles aus einer kantonalen Hand anzubieten, wieder erfolgreich umgesetzt werden kann. Es soll nicht sein, dass weitere Bauprojekte daherkommen, seien es Gymnasien, Sporthallen oder das Polizeizentrum, und die Forderung stellen, das AGG zu entlasten. Dies ist aus unserer Sicht nicht zielführend. Wir fragen uns auch, ob für diese Projekte überhaupt entsprechende Fachkräfte zur Verfügung gestellt werden können. Wir glauben nämlich nicht daran, dass für diese Projekte aus der Privatwirtschaft und so weiter entsprechende Fachkräfte rekrutiert werden können. Wir stellen ja generell fest, dass gerade in diesem Bereich ein grosser Fachkräftemangel vorherrscht. Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Vorstoss in beiden Punkten als Postulat. Eine Motion lehnen wir grossmehrheitlich ab.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Ich möchte dort weiterfahren, wo Peter Flück aufgehört hat. Wir sprechen hier davon, dass man im AGG Ressourcen für das Management unserer Bauprojekte aufbauen will. Jetzt haben wir einen Vorstoss, der parallel dazu befristet Ressourcen bei den Hochschulen aufbauen will, um dasselbe zu tun. Der Schlüssel zum Erfolg dessen, was wir hier vorhaben, sind die benötigten Leute. Wir müssen die Baukader finden, die das können. Ich sage Ihnen: Diese Leute, von denen wir hier sprechen, findet man nicht wie Kies in der Aare. Das sind einzelne Spezialisten, die relativ dünn gesät sind. Schon aus diesem Grund hat es keinen Sinn, jetzt parallel Organisationen aufbauen zu wollen, umso mehr, als es nur befristet ist. Hingegen ist es sinnvoll, die Nahtstellen zwischen den Nutzern und dem AGG zu überprüfen und diese vielleicht ein wenig zu verschieben, damit eine Entlastung in einem tieferen Bereich des Kaders stattfinden kann. Deshalb ist es durchaus sinnvoll, dass wir hier und heute beide Anträge als Postulat überweisen, aber sicher nicht als Motion. Ich bitte den Motionär, entsprechend zu wandeln.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich erkläre als Erstes die Haltung der Fraktion: Wir werden diesen Vorstoss als Postulat unterstützen. Nun ein paar Worte dazu, warum ich mitgeholfen habe, diese Motion einzureichen: Ja, ich wollte Druck machen, ich wollte mithelfen, Druck auf den Baudirektor und auf das AGG zu machen. In gewissem Sinne ist dieser Vorstoss vielleicht auch Ausdruck einer «parlamentarischen Sachbereichskommissionsverzweiflung» – ein grässliches Wort habe ich da kreiert, aber so ist es. Man hört das Signal des neuen Baudirektors, man hat Hoffnung, aber wenn man, wie ich, schon ein paar Grossrats-Jahre auf dem Buckel hat, dann fehlt einem in Sachen AGG langsam der Glaube. Die Köpfe kommen und gehen im AGG, aber die Probleme bleiben. Es ist einfach eine Tatsache: Auch mit unterschiedlichen Köpfen bleibt es ein notleidendes Amt, und ich befürchte stark, dass sich dies nicht so rasch ändern wird. Doch es sollte sich rasch ändern, denn die Uni, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist im Gegensatz zum AGG eine der riesigen Erfolgsgeschichten der letzten Jahre in diesem Kanton. Die Uni konnte die Drittmittelfinanzierung unglaublich steigern. Die Studentenzahl hat sich erhöht, und es gibt sogar Spin-offs aus den verschiedenen Uni-Bereichen. Jetzt plötzlich, mit Corona, stelle ich fest – und dies ist auch in unserer Fraktion nicht anders – dass sich auf einmal viele Politiker berufen fühlen, der Uni zu sagen, sie habe ja jetzt während Corona als Fern-Uni gearbeitet und brauche nun sicher nicht mehr so viele Flächen. Und was tun wir? Wir fangen schon wieder damit an, der Uni reinzureden. Der Uni, die

sehr viel Autonomie geniesst und eine Erfolgsgeschichte ist! Ich hoffe einfach, dass die Signale, die ich vom Baudirektor erhalten habe und die er jetzt wohl hier öffentlich bestätigen wird, für einmal zu Massnahmen und zu einer grösseren Handlungsfähigkeit des AGG führen werden.

Noch ein Satz zu Luc Mentha, der gesagt hat, die Hochschulen sollten Prioritäten setzen: Wie könnten sie dies besser tun, als wenn man ihnen Handlungsspielraum gibt? Zumindest im Bereich Unterhalt – Punkt 2 – sollte man dies mit einer Unterhaltungspauschale lösen können, und dann braucht es beim AGG niemanden mehr, ohne dass wir einen Vergleich mit den Hauswarten in Oberlangenegg oder wo auch immer anstellen. Ich bitte Sie deshalb, den Vorstoss zumindest als Postulat zu überweisen und halt weiterhin auf den neuen Baudirektor den nötigen Druck auszuüben, damit er das AGG neu aufstellt. Aus meiner Sicht ist er noch neu, denn er ist noch keine vier Jahre im Amt. Wir haben ihm mit diesem Vorstoss auch schon die Mittel dazu gegeben.

Präsident. Wir haben die Fraktionen angehört. Als Einzelsprecher hat Grossrat Fritz Ruchti das Wort.

Fritz Ruchti, Seewil (SVP). Es wurde hier drin schon viel gesprochen. Das Votum, das mich beeindruckt hat, stammt von Luc Mentha. Er hat aufgezeigt, wieviel man eigentlich wollte, oder wieviel die Uni in den nächsten Jahren für sich fordern möchte, um Investitionen zu tätigen: nicht Millionen, sondern Milliarden. Der Kanton Bern hat eine Finanzkommission. Die FiKo bewilligt diese Projekte zusammen mit der BaK. Bewilligte Projekte gelangen ins AGG, wo sie bearbeitet und weiterentwickelt werden. Danach kommen sie hierher zurück und werden hier nochmals diskutiert. Liebe Anwesende, wenn Sie dann noch ein kleines AGG bei der Uni haben, ist es damit nicht fertig! Es könnte weitergehen. Eine andere Stelle oder Organisation möchte dann vielleicht auch selber solche Projekte bewilligen. Dies könnte ausufem. Ich möchte Sie warnen: Wenn man das Ganze verzettelt, besteht die Gefahr, dass man nicht mehr den Überblick hat, einerseits den Überblick über die Finanzen und andererseits über die Projekte, die man managen will. Ich spreche jetzt als GPK-Vizepräsident: Davor hat die GPK Angst. Die GPK hatte in letzter Zeit sehr viel mit Untersuchungen im Zusammenhang mit dem AGG zu tun. Sie liess sich eine Innen- und eine Aussensicht geben und kam zum Schluss, dass das AGG wohl weiterhin jene Stelle ist, die der Kanton Bern haben muss und die die Führung des Bau- und Immobilienmanagements innehat. Ein starkes AGG kann bewirken, dass man die bestehenden Probleme lösen kann. Dies wurde heute schon mehrmals gesagt. Aber wenn jede Stelle, wie etwa die Uni, ihr Wunschkonzert hat und diese Dinge extern vergeben werden: Wer will dann noch den Überblick und die Verantwortung haben? Hier sehe ich schwarz. Deshalb stimme ich dem Punkt 1 nicht einmal als Postulat zu. Den Punkt 1 lehne ich ab, aber den Unterhalt kann man als Postulat annehmen.

Präsident. Die Rednerliste ist geschlossen. Ich erteile Regierungsrat Christoph Neuhaus das Wort.

Christoph Neuhaus, Bau- und Verkehrsdirektor. Dieser Vorstoss mag gut gemeint sein, aber bei meinen Leuten kam er nicht so an. Wenn man ihn jetzt nochmals liest, muss man sagen, dass derjenige, der ihn geschrieben hat, in einer Art und Weise formuliert hat, die für die betroffenen Leute niederschmetternd ist. Ich möchte das Wort «schnoddrig» nicht in den Mund nehmen, aber ich muss Ihnen sagen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des AGG unter Hochdruck arbeiten. Sie machen ab und zu Unmögliches möglich. Unter wahrlich schwierigen Rahmenbedingungen arbeiten sie professionell. Wir haben seit letztem Jahr zum ersten Mal seit etwa einem Jahrzehnt eine Fluktuationsrate, die nur noch einstellig ist. Wenn Sie in einem Vorstoss eines bernischen Grossrats lesen, man würde den Erwartungen nicht gerecht und man könne mit dem vorhandenen Know-how die Herausforderungen nicht bewältigen, dann ist dies nicht nur demotivierend, sondern schlicht falsch. Und wenn man jetzt annimmt – und da werde ich noch etwas emotionaler –, dass dies eine andere Stelle per se besser macht als ein breit gefächertes, etabliertes kantonales Bau- und Immobilienamt, zeugt dies von einem sehr gesunden Selbstvertrauen. Man könnte sagen, es sei schon fast überheblich. Es zeugt auch ein wenig von Unwissen, denn wenn man Grossprojekte in dreistelliger Millionenhöhe plant und umsetzt, läuft einiges.

Wir müssen aber auch ehrlich sein, und ich kann es nicht negieren: Im AGG läuft nicht alles rund. Wir sind dabei, unsere Hausaufgaben zu machen. Das versichere ich Ihnen einmal mehr. Aber es brauchte Zeit, um dorthin zu gelangen, wo wir heute sind. Es braucht auch Zeit, um aus dieser Situation herauszukommen, und es braucht auch ein Schuss Wertschätzung. Im AGG ging zuerst der eine Co-Leiter und danach der andere. Es braucht eine Stärkung des AGG in einzelnen Bereichen.

Dies ist zwingend notwendig. Wir wissen heute, dass das AGG unterdotiert ist. Bei all den vielen neuen Projekten, die vor allem die Hochschulen wünschen, geht wohl kein Weg an der Aufstockung der personellen Ressourcen des AGG vorbei.

Sie haben es von Luc Mentha gehört: Das Grundproblem sind die Bestellungen. Die Universität will bis 2035 35'000 m² zusätzlich, davon 9000 m² Laborfläche. Dies ist die Strategie der Uni Bern. Der tolle Erfolg, der vorhin gerühmt wurde und Freude macht, ist dann wieder ein Problem des Kantons, denn wir müssen die Häuser hinstellen. Wenn Sie für 100 Mio. Franken etwas bauen, sind das nicht einfach 100 Mio. Franken; sie müssen es amortisieren und betreiben. Wenn wir so weitermachen, haben wir in 10 bis 15 Jahren kein Geld mehr, dann haben wir so viel Geld verbraucht, dass nichts mehr geht. Ich muss Ihnen sagen, während 2019 ein Institut der Uni Bern für 100 Mio. Franken Sachen bestellt – und dies ist dann noch ein Institut, welches mir als Kleintierminister relativ nahesteht – kommt die Uni Bern im August 2020 mit 400 Mio. Franken. Da sage ich Ihnen als Wirtschaftler: Wer soll dies bezahlen? Wie sieht das aus, wer kann es berappen?

Es ist schön, aber ich war auch überrascht zu hören, dass man vom Hauswart im Hasennest in Unterlangenegg sagen kann, ihm gehe es besser als dem Verwaltungsdirektor der Uni Bern. Aber meines Wissens beträgt die Kompetenz 20'000 Franken. Ich habe jetzt «1000 Franken» gehört. Wir schauen das nach, denn wir haben die Kompetenz ein wenig erhöht.

Was will diese Motion? Sie will, dass man bei der BVD Kredite holen geht. Der Baudirektor kommt zu Ihnen in den Grossen Rat, nachdem das AGG etwas ausgearbeitet hat. Er reicht die Kredite ein, den Projektierungs- und den Ausführungskredit. Die Gesamtprojektleitung soll dann bei der Uni liegen. Dann geben wir das Ganze weiter. Markus Wenger hat es gesagt: Man geht davon aus, dass diese die benötigte Kapazität auch zuerst aufbauen muss. Sonst hätte sie heute zu viel Personal. Dann wird gebaut, und anschliessend kommt die Abrechnung. Dann kommt wieder der Baudirektor und steht hin für das, was man für die Uni gebaut hat. Was geschieht dann, wenn ein Fehler passiert? Wie ist es mit der Aufgabenkompetenz und der Verantwortung, die aus einer Hand sein sollen? Ich muss es nochmals ehrlich sagen, geschätzte Damen und Herren: Das Hauptproblem liegt nicht bei den personellen Ressourcen. Wir haben viele neue Vorhaben, wir haben dringend notwendige Sanierungen. 1997 hat man gesagt, man übernehme die Gymnasien. Im Jahr 2003 übernahm man sie. Inzwischen haben wir das Jahr 2020, und es sind erst zwei Gymnasien saniert. Es warten diverse Gymnasien auf eine Sanierung; von den Justizvollzugsanstalten mit 700 Mio. Franken spreche ich schon gar nicht. Als Berner Baudirektor muss ich Ihnen sagen, dass das, was in der Pipeline ist, den möglichen finanziellen Rahmen des Kantons Bern in Zukunft übersteigt – Corona hin oder her. Hier Lösungen zu finden, wird einiges anspruchsvoller und schwieriger werden. Dabei wird nicht nur das AGG gefragt sein. Es lässt sich aber bereits einiges durch gute, abgestimmte Zusammenarbeit zwischen den Direktionen bewegen. Gemeinsam mit der BKD, mit den Hochschulen loten wir den Handlungsspielraum für mögliche Zusammenarbeitsformen aus. Es braucht auch beim Jahresunterhalt eine feinere Abstimmung zwischen den Partnern. Diese Diskussionen verlaufen hitzig, aber konstruktiv. Ich denke, wir befinden uns auf dem richtigen Weg. Wenn ich weiss, dass die BKD wieder mit einer Bestellung von 500 Mio. Franken kommt und ein Papier unterwegs ist, werden wir weiterhin konstruktiv und kritisch diskutieren.

Mit Blick auf die bereits laufenden Abklärungen bitte ich Sie im Namen des Regierungsrates um Annahme des Vorstosses als Postulat.

Präsident. Wie angekündigt, wünscht der Motionär nochmals das Wort, Grossrat Daniel Arn.

Daniel Arn, Muri bei Bern (FDP). Wir sehen, es ist emotional geworden, jedenfalls an gewissen Orten, wenn man sagt, oder zumindest den Begriff in den Mund genommen hat, dass die Motionäre ein bisschen schnoddrig oder überheblich waren. Es ist sicher gut, dass man gesehen hat, dass das Problem vorhanden ist. Wir haben auch von einem Grossrat gehört, dass man an dieser Problemstellung schon seit acht Jahren arbeitet. Von dem her gesehen möchte ich jetzt nicht weiter Emotionen schüren. Ich wandle die Motion in ein Postulat und verlange eine punktweise Abstimmung.

Präsident. Wir kommen zur Beschlussfassung: Traktandum 55, eine Motion von Grossrat Daniel Arn. Diese wurde in ein Postulat gewandelt. Wir gehen ziffernweise vor. Wer die Ziffer 1 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer diese ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.281; Ziff. 1; als Postulat)
Vote (2020.RRGR.281 ; ch. 1 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 55

Nein / Non 90

Enthalten / Abstentions 2

Präsident. Sie haben die Ziffer 1 abgelehnt, mit 55 Ja- gegen 90 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir kommen zu Ziffer 2 des Postulats. Wer die Ziffer 2 annimmt, stimmt Ja, wer sie ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2020.RRGR.281; Ziff. 2; als Postulat)
Vote (2020.RRGR.281 ; ch. 2 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 79

Nein / Non 62

Enthalten / Abstentions 6

Präsident. Sie haben die Ziffer 2 angenommen, mit 79 Ja- gegen 62 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen.

Bevor wir zum nächsten Traktandum übergehen, behandeln wir einen eingegangenen Ordnungsantrag. Wir haben einen Ordnungsantrag der SP-JUSO-PSA-Fraktion, wonach Traktandum 70, das Volksschulgesetz (VSG), auf die Frühlingssession verschoben werden soll. Wünscht Frau Striffeler als Fraktionspräsidentin kurz das Wort zur Begründung? – Sie wünscht es, und sie erhält es.

Ordnungsantrag / Motion d'ordre

Antrag SP-JUSO-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)

Geschäft 2019.ERZ.55: Verschiebung in die Frühlingssession 2021.

Proposition PS-JS-PSA (Striffeler-Mürset, Münsingen)

Affaire 2019.ERZ.55 : Report à la session de printemps 2021.

Elisabeth Striffeler-Mürset, Münsingen (SP). Wie wir alle wissen, ist eine telefonische Mitabstimmung ja nicht möglich. Bei uns fehlen mittlerweile sieben Mitglieder unserer Fraktion. Beim VSG gibt es ein paar Anträge, die knapp ausgehen könnten. Dies kann zu einer Verfälschung des Resultats führen. Dies passt nicht in unser Demokratieverständnis. Deshalb bitten wir Sie, dieses Gesetz auf die Märzsession zu verschieben.

Präsident. Das Präsidium des Grossen Rates beantragt Ihnen, nicht auf diesen Verschiebungsantrag einzutreten. Dies hat vor allem zwei Gründe: Einerseits gibt es verschiedene Abhängigkeiten mit anderen Gesetzen. Es sind drei Gesetze ineinander verschachtelt und voneinander abhängig. Es handelt sich um das Gesetz über die Leistungen für Kinder mit besonderem Förder- und Schutzbedarf (KFSG) und um das Gesetz über soziale Leistungsangebote (SLG). Wenn man also das VSG jetzt verschieben würde, müsste man auch die zweite Lesung des SLG verschieben sowie die erste Lesung des KFSG. Das möchten wir nicht, weil sonst der ganze Meccano auseinanderbricht. Selbstverständlich sehen wir die Situation, dass mittlerweile sieben Mitglieder der SP-JUSO-PSA-Fraktion fehlen. Wir haben es jedoch politisch so beurteilt: Bei diesem Gesetz gibt es zwei Lesungen. Dadurch können Entscheide allenfalls hinterfragt oder nochmals zur Abstimmung gebracht

werden. Man könnte das Fenster nochmals öffnen. Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen das Präsidium, diesen Ordnungsantrag abzulehnen.

Nun schauen wir, was der Rat will. Wer den Antrag der SP-JUSO-PSA-Fraktion um Verschiebung des VSG in die Märzsession unterstützt, stimmt Ja, wer dies nicht will, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.ERZ.55; Antrag SP-JUSO-PSA [Striffeler-Mürset, Münsingen])

Vote (2019.ERZ.55 ; proposition PS-JS-PSA [Striffeler-Mürset, Münsingen])

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Ablehnung / Rejet

Ja / Oui 33

Nein / Non 105

Enthalten / Abstentions 4

Präsident. Sie haben dem Ordnungsantrag nicht zugestimmt, mit 33 Ja- gegen 105 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.